Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Bestellungen nehmen die Austräger und für Auswärtige die Postanstalten entgegen. — Erscheint werktäglich. Fernsprech-Anschluß Nr. 53.

Anzeigenpreise: Die sechsgespaltene Petitzeile für Anzeigen aus Aue und Umgegend 20 Goldpfennige, auswärtige Anzeigen 25 Goldpfennige, Reklame-Petitzeile 60 Goldpfennige, amtliche Zeile 35 Goldpfennige.

Telegramme: Tageblatt Auerzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postscheck-Konto: Amt Leipzig Nr. 1998

Nr. 119 — Sonntag, den 24. Mai 1925 — 20. Jahrgang

Die große Schlacht an der französischen Marokkofront.

Schwierige Lage Painlevés.

Die Pariser Abendblätter melden, daß eine große Schlacht zwischen den französischen Streitkräften und den Riffkabylen in der Gegend von Ain-Aicha im Gange sei. Die französischen Truppen ständen unter dem direkten Kommando des Generals de Chambrun. Den ersten Nachrichten zufolge entwickelt sich der Kampf günstig für die französischen Waffen.

In Pariser politischen Kreisen ist man der Ueberzeugung, daß die gestrige Erklärung des Ministerpräsidenten Painleve über die Vorgeschichte und den gegenwärtigen Stand der Ereignisse in Marokko der regierungsfeindlichen Minderheit in der sozialistischen Partei, den Kommunisten und vielleicht auch den extremen Flügel der radikalen Sozialisten nicht genügt habe und daß Sozialisten und Kommunisten ihre angesagten Interpellationen über Marokko aufrechterhalten. Die Abfassung einer derselben, derjenigen des Sozialistenführers Renaudel, läßt übrigens keinen Zweifel darüber, daß sie beabsichtigen, über die Marokkoangelegenheit hinaus das Kabinett selbst anzugreifen, denn sie beabsichtigen, „von der Regierung die Bedingungen kennen zu lernen, unter welchen diese so schnell als möglich die militärischen Ereignisse in Marokko zu Ende führen und eine Atmosphäre des Friedens in dem Lande wiederherstellen werde".

Die Sozialisten um Renaudel scheinen danach von Painleve nichts geringeres als die Einstellung der militärischen Operationen in Marokko verlangen zu wollen, eine Forderung, die bei dem gegenwärtigen Stand der Lage in Marokko für die Regierung Painleve völlig unannehmbar sein muß. Die Meinungen über die Aussichten der sozialistischen Interpellation sind in parlamentarischen Kreisen sehr geteilt. Zweifellos würde, falls die Opposition des nationalen Blocks in der Marokkoaffäre gegen die Regierung stimmen sollte, wie es ihr zwar einige ihrer Blätter, so der „Figaro", die „Journee industrielle" und das „Echo de Paris" anraten, das Kabinett Painleve in eine gefährliche Lage kommen, selbst wenn ihm der gemäßigte Flügel des Linkskartells treu bleibt. Man glaubt aber allgemein, daß der größte Teil des nationalen Blocks in dieser Angelegenheit für die Regierung stimmen werde. In Regierungskreisen scheint man entschlossen, den Kampf aufzunehmen.

•

Ministerpräsident Painleve und die Mitglieder der Regierung, die ihn zu der Einweihung der Internationalen Ausstellung für weiße Kohle in Grenoble begleitet hatten, sind heute nach Paris zurückgekehrt. Der Ministerpräsident wurde am Bahnhof von dem Justizminister Steeg empfangen. Der Kammerpräsident Herriot, der mit demselben Zuge Grenoble verließ, ist in Lyon zurückgeblieben. Sofort nach seiner Rückkehr nach Paris begab sich der Ministerpräsident nach dem Quai d'Orsay. Um 11 Uhr fand ein wichtiger Ministerrat im Elysee statt. Dem offiziellen Communique zufolge hat der Ministerrat einen Gesetzentwurf angenommen, der neue Kredite für den Marokkokonflikt beantragt.

Weiter hat der Finanzminister Caillaux den Gesetzentwurf dem Ministerrat vorgelegt, den er am nächsten Montag in der Kammer einbringen wird, und auf Grund dessen er durch neue Steuern das Budgetgleichgewicht wieder herzustellen beabsichtigt. Ueber den weiteren Verlauf des Ministerrates ist nichts bekannt geworden. Hingegen haben mehrere Minister beim Verlassen des Elysees der Presse wichtige Erklärungen abgegeben. So hat der Ministerpräsident auf die Frage der Pressevertreter über den Stand der Ereignisse in Marokko erklärt, daß er alles, was über Marokko zu sagen sei, in seiner Rede in Grenoble dargelegt habe und daß seither keine neuen wichtigen Ereignisse eingetreten seien. Er fügte aber hinzu, daß er am nächsten Montag die sofortige Diskussion der Interpellation über Marokko von der Kammer verlangen werde.

Auf die weitere Frage der Journalisten, aus welchem Grunde der frühere Minister Malvy sich nach Madrid begeben habe, erklärte Painleve, daß Malvy in Spanien wichtige persönliche Verbindungen besitze, daß er den König und Primo de Rivera gesehen habe, weigerte sich aber, irgendeine weitere Aufklärung über den Zweck der Reise Malvys zu geben. Painleve erklärte endlich, daß er die Absicht habe, den Kammern sobald wie möglich die Rückkehr zum Kreiswahlsystem vorzuschlagen. Finanzminister Caillaux hat auf die Frage der Journalisten, ob es wahr sei, daß Frankreich in der Frage der interalliierten Schulden eine Note nach Washington gerichtet habe, verneinende Antworten gegeben.

•

Paris, 22. Mai. Der Innenminister hat die Sicherheitspolizei angewiesen, alle Flugschriften und Plakate zu beschlagnahmen, die die kommunistischen Jugendorganisationen verbreiten, um die Truppen im Ruhrgebiet und die Marokkotruppen dazu aufzureizen, sich mit den Deutschen bezw. mit den Rifleuten zu verbrüdern.

Die Entwaffnungsforderungen.

Die Entwaffnungsnote an Deutschland soll in der nächsten Woche durch die Botschafterkonferenz dem deutschen Botschafter überreicht werden. Die Hauptpunkte der Note sind, soweit man in London unterrichtet ist, folgende:

1. Beschränkung des deutschen Generalstabes,

2. „vollkommenere" Zerstörung der Munitionsfabriken.

3. keine weitere Zulassung von Zeitfreiwilligen zur Reichswehr,

4. Umgruppierung der Sicherheitspolizei in der Art, daß sie in den verschiedenen Zentren des Reiches nicht in großen Kasernen konzentriert wird.

Schließlich soll die Erfüllung des Artikels 429 des Versailler Vertrages noch „wirksamer" gestaltet werden.

Das Echo der Mussolini-Rede in Oesterreich

Wien, 22. Mai. Die „Neue Freie Presse" erklärt zu den Aeußerungen des italienischen Ministerpräsidenten Mussolini im Senat: Die Rede wird niemanden in Oesterreich gleichgültig lassen, weil sie beweist, wie sehr es überall noch am Verständnis für unsere regen Hoffnungen mangelt und wie weit wir von dem Tage entfernt sind, an dem Vernunft alle Vorurteile allen Argwohn überwinden werden. Weder die Große noch die Kleine Entente hat bisher einen geeigneten Vorschlag gemacht, um die österreichische Frage zu lösen. Oesterreich hat stets bewiesen, daß es seinen Verpflichtungen aus dem Friedensvertrage gewissenhaft nachkommen wird, aber für die Staaten die Oesterreich verstümmelt haben, bestehen gleichzeitig Verantwortlichkeiten. Die letzte Rede Mussolinis bedeutet für Oesterreich alles eher denn einen Fortschritt.

Das „Neue Wiener Tageblatt" sagt, Mussolinis Forderung, daß Deutschland die Brennergrenze, die garnicht die seine ist, garantieren solle, zeugt nicht von starker logischer Kraft. Das Blatt vergleicht die Lage der Italiener unter der österreichischen Herrschaft mit der Lage in Südtirol und erklärt: Was Mussolinis Regierung jetzt Südtirol antut, geschieht als Folge eines Wortbruches, wie er sich in der Geschichte zivilisierter Staaten noch selten ereignet hat.

25 Prozent Aufwertung.

Berlin, 22. Mai. Im Aufwertungsausschuß des Reichstages lagen heute über die Höhe des Aufwertungssatzes drei Anträge vor: einer vom Abg. Best, der den Aufwertungsbetrag auf 50 Prozent des Goldmarkbetrages festgesetzt haben will, ein zweiter vom Abg. Keil (Soz.), der eine Aufwertung in Höhe von 40 Prozent verlangt, und schließlich der Kompromißantrag, der eine Aufwertung von 25 Prozent erreichen will. Die Anträge der Abg. Best und Keil auf 50 und 40 Prozent wurden abgelehnt. Dagegen wurde der Kompromißantrag, der eine Aufwertung auf 25 Prozent vorsieht, angenommen.

Formeller Protest Amerikas gegen Deutschlands geplante Schutzzölle.

„Newyork Times" sagen es werde nicht angenommen, daß Deutschlands Schutzzollmaßnahmen eine derart große Gefahr für den amerikanischen Handel bilden werden, daß ein formeller Protest Amerikas gerechtfertigt erscheine. Es sei leicht möglich, eine Methode anzunehmen, wonach Kraftwagen besonders spezifizierter Art von der Einfuhr ausgeschlossen werden könnten, ohne das Ursprungsland zu nennen. Die einzige Schadloshaltung, die Amerika übrig bliebe, seien Gegenmaßnahmen. Die amerikanischen Zollsätze seien nicht so niedrig, um Amerika zu berechtigen, Zollsätze anderer Staaten übel zu nehmen, die mit der Absicht des Schutzes nationaler Industrien unter Ausschluß ausländischer Konkurrenz geplant sind.

„Newyork World" sagt wenn man von Deutschland verlange, daß es die jährlichen Zahlungen gemäß dem Dawesplan leiste, so müsse es eine große Ausdehnung des Exporthandels mit der äußersten Einschränkung des entbehrlichen Importes verbinden. Gerade der Zoll auf Automobile treffe vielfach einen Luxus.

Forderung eines Reichs-Berggesetzes.

Antrag im sächsischen Landtag.

Die sozialdemokratische Fraktion des sächsischen Landtages beantragte, die Regierung zu ersuchen, bei der Reichsregierung auf alsbaldige Schaffung eines Reichs-Berggesetzes hinzuwirken. In dieses Gesetz sollen zum wirksamen Schutze von Leben und Gesundheit der Bergarbeiter verschiedene Vorschriften aufgenommen werden, so u. a. Beiordnung eines Grubenkontrolleurs aus den Reihen der Bergarbeiter in jede Bergbehörde, Bildung von Grubensicherheitskommissionen nach dem Vorbilde Preußens, obligatorische Einführung des Gesteinsstaubverfahrens im Steinkohlenbergbau, Bereitstellung hinreichender Rettungsgeräte und Rettungsmannschaften zur Rettung Bedrohter. Ferner wird die sächsische Regierung ungeachtet der Verabschiedung des Reichs-Berggesetzes ersucht, im Landtage eine Vorlage einzubringen, durch die das allgemeine Berggesetz für den Freistaat Sachsen durch das in dem Antrage angeführte Vorschriften ergänzt wird.

•

Der Ausführende Geschäftsausschuß der internationalen Bergarbeitergruppen hat im Hinblick auf die namentlich im Ruhrrevier in der letzten Zeit sich mehrenden Grubenkatastrophen eine außerordentliche Sitzung einberufen, um einheitliche Richtlinien der Sicherheitsmaßnahmen im Bergbau festzulegen. Zur Teilnahme an dieser Sitzung sind auch die Vertreter der kohlenfördernden Länder und des Arbeitsamtes des Völkerbundes in Genf eingeladen worden. Die Konferenz, die auch aus dem Ruhrrevier stark beschickt werden wird, tagt voraussichtlich in Rotterdam.

•

Anläßlich des Explosionsunglücks auf der Zeche Dorstfeld hat der Afa-Bund erneut eine Eingabe an die Regierungen und Parlamente gerichtet, in der er ein Reichs-Berggesetz auf Grund des Artikels 7 der Reichsverfassung fordert.

Italien für Trotzki.

Leningrad, 22. Mai. Wie man jetzt nachträglich erfährt, hat der frühere Gegner Trotzkis Stalin hauptsächlich wegen seiner Opposition gegen Kamenew und Sinowjew seinerzeit die Zurückberufung Trotzkis betrieben und auch durchgesetzt. Uebrigens sollen die Witwe Lenins und die Schwester Lenins die Rückkehr Trotzkis zur Bedingung ihres weiteren Verbleibens in der Partei gemacht haben.

•

Wie sich jetzt zeigt, sind sämtliche Gerüchte über die Ernennung Trotzkis zum Inhaber eines einflußreichen Regierungspostens, also auch zum Volkskommissar für den Außenhandel, unbegründet. Trotzki, der nur zögernd aus Suchum zu Beginn des Sowjetkongresses in Leningrad eingetroffen war, entschloß sich auch nur widerstrebend, sich vor dem Kongreß zu zeigen, trotzdem er der Ovationen, die ihn dort auch wirklich begrüßten, sicher sein konnte. Seine Gegner im „Apparat" haben zwar mildere Töne angeschlagen, aber nach den wilden Angriffen gegen Trotzki im Vorjahr wäre seine so kurz darauf folgende Heranziehung zu einem höchsten Posten eine taktische Unmöglichkeit, selbst wenn sie von seinen noch immer mächtigen Gegnern gewünscht würde. Die beherrschende Figur bleibt weiterhin Stalin. Das Verlangen Trotzkis, ihm „irgendwelchen Arbeitsposten" zu geben, z. B. die Leitung des Elektrifizierungswesens, das in den letzten Jahren große Fortschritte gemacht hat, wird Stalin gewiß erfüllen auch wenn die Schwächung des Einflusses Sinowjews noch nicht in dem Maß eingetreten sein sollte, wie vielfach angenommen wurde. Gewiß ist, daß Stalin einen langsamen, sicheren Ausgleich mit Trotzki wie bisher wünscht und weiterhin von Rykow, Tomski, Bucharin und Radek darin unterstützt wird. Trotzki selbst zeigt so schwer es ihm wird die ihm im Vorjahre widerfahrene Behandlung zu vergessen, ebenfalls vorsichtiges Entgegenkommen. Es ist notwendig, die weitere Entwicklung der Politik innerhalb der Partei ohne jede Uebereilung zu beurteilen. Der Wechsel gegen den radikalen Kurs war feststellbar schon seit November. Die innere Kräfteverschiebung ist jedenfalls seitdem stärker gewesen, als äußerlich wahrnehmbar war. Aber weder ist Sinowjew vom Präsidium der Kommunistischen Internationale verschwunden, noch Trotzki auch nur entfernt zu seinem früheren Einfluß gelangt. Noch ist zum Beispiel in der Wirtschaftspolitik des Landes der Wechsel nicht so einschneidend, wie vielfach erwartet wurde. Deutlich ist eigentlich nur erkennbar, daß Stalin immerhin die zentrale Figur wird und er in diesem Augenblick mehr zu der gemäßigten Grup-